

Ausschuß für Kommunalpolitik

Protokoll

28. Sitzung (nicht öffentlich)

17. März 1993

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.00 Uhr bis 13.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Dr. Twenhöven (CDU)

Stenographin: Zinner

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, der Kreisordnung und anderer Kommunalverfassungsgesetze des Landes Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4983

1

Der Ausschuß kommt überein, sich über die Gestaltung der Anhörung zum Kommunalwahlgesetz am Rande einer der nächsten Plenarsitzungen zu verständigen.

Auf Vorschlag der Abgeordneten Höhn (GRÜNE) sollen Sachverständige zum Thema Kumulieren und Panaschieren hinzugezogen werden. Dazu wird das Innenministerium gebeten, geeignete Länder vorzuschlagen.

2 Besetzung des Ausschusses für "Vertreter der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften" der EG - die kommunale Ebene gehört dazu

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4685

3

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU, des Vertreters der F.D.P. und der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

3 Die Eigenständigkeit von "Landschaftsplanung" und "Eingriffsregelung" bewahren!

Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
Drucksache 11/4729

4

Der Antrag wird ohne Diskussion gegen die Stimme der Vertreterin der GRÜNEN abgelehnt.

4 Finanzierung der Übergangsheime für Aussiedler und Asylbewerber

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 11/4821

4

Nach Diskussion kommt der Ausschuß überein, den Antrag in der nächsten Sitzung erneut zu behandeln.

5 Verschiedenes

- a) **Information über die Diskussion des Arbeitsausschusses zur Novellierung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes** 7
- b) **Bitte des Abgeordneten Leifert (CDU) um schriftliche Information des Ausschusses über die Ergebnisse zum Föderalen Konsolidierungsprogramm** 8
- c) **Abgeordnete Höhn (GRÜNE) zur Regelung des Ältestenrates betreffend Hinweise zur Tagesordnung auf der Sitzungseinladung** 9
- d) **Abgeordnete Höhn (GRÜNE) zur Reise des Ausschusses nach Brandenburg** 9
- e) **Anhörung des Unterausschusses "Europa" zum Thema "Binnenmarkt"** 10

Nächste Sitzung: 21. April 1993

* * *

Aus der Diskussion

Der **Ausschuß** einigt sich darauf, den Antrag der Fraktion der F.D.P. "Mehr Ganztagsbetreuung für Kinder zeitgemäß finanzieren" zu vertagen, da zu diesem Thema noch eine Anhörung stattfindet. Ferner werden der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU "Gesetz zur Änderung des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen" sowie der Antrag der Fraktion der F.D.P. "Große Bahnstrukturreform", in Verbindung damit der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN "Regionalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und öffentlichen Personenschienenverkehrs (SPNV) in Nordrhein-Westfalen" und der Antrag der Fraktion der SPD "Änderung des Grundgesetzes zur Bahnreform" vertagt.

1 **Gesetz zur Änderung der Gemeindeordnung, der Kreisordnung und anderer Kommunalverfassungsgesetze des Landes Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/4983

Vorsitzender Dr. Twenhöven ruft in Erinnerung, daß vereinbarungsgemäß am 21. April 1993 die Anhörung zum Kommunalwahlgesetz, am 19. Mai 1993 die abschließende Beratung zum Kommunalwahlgesetz und am 16. Juni 1993 die Anhörung und die Behandlung der Gesetzentwürfe zur Änderung der Kommunalverfassung stattfanden. Er schlägt vor, daß sich die Sprecher der Fraktionen am Rande einer der nächsten Plenarsitzungen über die Gestaltung der Anhörung zunächst zum Kommunalwahlgesetz einigen sollten.

Abgeordnete Höhn (GRÜNE) regt an, zur Anhörung zum Kommunalwahlgesetz neben den kommunalen Spitzenverbänden einen Experten in Sachen Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen aus Bayern und zur Anhörung zur Gemeindeordnung neben den kommunalen Spitzenverbänden Vertreter von Interessengruppen, zum Beispiel Ausländerbeirat, zu laden.

Vorsitzender Dr. Twenhöven teilt mit, daß die Vertreter der Ausländerbeiräte den Ausschuß um ein Gespräch gebeten hätten. Er wolle versuchen, dafür einen Termin außerhalb der normalen Arbeitszeit ebenfalls am Rande einer der nächsten Plenarsitzungen zu finden.

Abgeordneter Ruppert (F.D.P.) befürwortet den Vorschlag von Frau Höhn, einen Sachverständigen eines Bundeslandes zu laden, in dem Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen praktiziert würden. Kumulieren und Panaschieren seien im übrigen auch Gegenstand des F.D.P.-Fragenkatalogs.

Abgeordneter Wirtz (SPD) sagt, er halte die Hinzuziehung eines Vertreters eines Landes, in dem kumuliert und panaschiert werde, für nicht besonders glücklich, denn die Verfahrensweisen in den jeweiligen Ländern seien völlig unterschiedlich. Der Ausschuß erhalte somit keinen Überblick, sondern lediglich eine einseitige Darstellung.

Abgeordneter Leifert (CDU) fügt hinzu, seine Fraktion habe in ihrem Fragenkatalog das Hauptaugenmerk auf das Kumulieren und Panaschieren bei Kommunalwahlen gerichtet. Er bestätigt Abgeordnetem Wirtz, daß die beiden Verfahren in den jeweiligen Ländern völlig unterschiedlich gehandhabt würden, weshalb ein Experte nicht nur aus Bayern gehört werden sollte. Da drei Fraktionen diesen Bereich abfragen wollten, plädiere er dafür, die Gelegenheit dazu bei der Anhörung zum Kommunalwahlrecht zu nutzen und Wahlrechtsexperten einzuladen, denn der betreffende nordrhein-westfälische Spitzenverband verfüge vermutlich über ebensowenig Erfahrung darüber wie die Abgeordneten.

Abgeordneter Wilmbusse (SPD) bittet sodann die Vertreter des Innenministeriums, den Sprechern der Fraktionen am Rande einer der nächsten Plenarsitzungen mitzuteilen, aus welchen Bundesländern Sachverständige eingeladen werden sollten.

Abgeordneter Leifert (CDU) merkt zum Verfahren betreffend die Gemeindeordnung an, seine Fraktion habe sich noch nicht auf einen Kreis von Anzuhörenden geeinigt.